

Reiner Biegel

Syrien: Machterhalt im Hause Assad trotz Veränderungen?

■ Das Haus Assad

Präsident Hafiz al-Assad von Syrien – als was ist er nicht schon alles bezeichnet worden! Wie in den Fabeln von La Fontaine und Lessing werden ihm die in der politischen Realität des unruhigen Nahen Ostens wichtigen Eigenschaften bestimmter Tiere als besonders positiv angerechnet: stolzer und mutiger Löwe (die arabische Bedeutung von *al-Assad*) oder listiger Fuchs.¹⁾ Und damit nicht genug: aufgrund seiner Verschlossenheit und der Tatsache, dass man nie genau weiß, was er als nächstes tut, wird er auch gern die „Sphinx von Damaskus“ genannt.

Wie es bei vielen noch heute herrschenden Potentaten des Nahen und Mittleren Ostens der Fall war, führte der Weg Assads an die Macht über das Militär. Hafiz al-Assad wurde am 6. Oktober 1930 in dem syrischen Gebirgsdorf Qardaha im Gouvernorat Latakiya als Bauernsohn und Angehöriger der schiitischen Alawitensekte geboren. Die Alawiten galten den mehrheitlich orthodoxen Sunnitnen in Syrien lange Zeit als Häretiker, denen vor al-Assads Machtergreifung der Zugang zu politisch wichtigen Staatsämtern verwehrt wurde. Ihnen stand lediglich die Militärlaufbahn offen, da die einflussreichen sunnitischen Familien es strikt ablehnten, dass ihre Söhne unter der Mandatsmacht Frankreich den Militärdienst ableisteten.

Hafiz al-Assad soll sich schon als Jugendlicher der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei (arab. *Sendung*) angeschlossen haben. Nach dem Abitur trat er in die Militärakademie von Homs ein, die zu dieser Zeit als „Pflanzstätte nationalistischer, politisch be-

Die bewaffneten Auseinandersetzungen im Oktober 1999 in der nordsyrischen Hafenstadt Latakiya zwischen regulären Armeeeinheiten des Präsidenten Hafiz al-Assad und bewaffneten Gruppen seines Bruders Rifaat schienen wieder alle Vorurteile über die gewalttätigen Despoten des Nahen Ostens zu bestätigen. Die Machtfrage wird nicht mit dem Stimmzettel gestellt, sondern mit dem Gewehr. Bisher konnten aber weder religiös motivierte Aufstände noch Familienfehden die Herrschaft von Hafiz al-Assad ernsthaft gefährden. Er regiert Syrien nun schon seit fast 30 Jahren mit einer Mischnung aus Schlauheit und eiserner Faust. Jetzt, bald 70-jährig und krank, will er seinem Sohn Baschar die Herrschaft sichern. Dazu braucht er endlich Frieden mit dem Erzfeind Israel.

1) Siehe dazu: Patrick Seale, *Assad of Syria. The Struggle for the Middle East*, London 1988; Volker Perthes: „Syrien“, in: Dieter Nohlen, Franz Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt. Nordafrika und Naher Osten*, Bd. 6, Bonn 1993, S. 489–509; „Stolzer Löwe und listiger Fuchs“, in: *Die Zeit*, 9.8.1991 und „Hafis el-Assad, der Löwe von Damaskus, sucht den Frieden“, in: *Die Welt*, 17.12.1999.

wusster Offiziere“ galt. Bereits 1959 erreichte er die Position eines Staffelkapitäns in der syrischen Luftwaffe. Wegen seiner offenen Opposition gegen die Auflösung der Union Syriens mit dem nasseristischen Ägypten wurde er im Dezember 1961 aus der Armee entlassen, aber schon 1963 wieder aufgenommen. Innerhalb der Baath-Partei wurde er als Mitglied der militärischen Kommission aktiv, die den Staatsstreich vom 8. März 1963 vorbereitete. Danach war er Mitglied des National- und Regionalkommandos der Baath-Partei in Syrien.

Ab März 1963 waren alle Konflikte in Syrien interne Auseinandersetzungen der panarabisch-sozialistischen Baath-Partei, in der Hafiz al-Assad zunehmend mehr Gewicht erlangte, nachdem er im Dezember 1964 zum General und Oberbefehlshaber der Luftwaffe ernannt worden war. Am 23. Februar 1966 setzte sich der radikal-revolutionäre Flügel der Partei durch, der die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ebenso förderte wie die Intensivierung einer panarabischen, gegen Israel gerichteten Politik. In der neuen Regierung übernahm Hafiz al-Assad das Amt des Verteidigungsministers und er begann unverzüglich, ihm persönlich ergebene Offiziere in Schlüsselstellungen zu bringen. Außerdem baute er die verschiedenen militärischen Geheimdienste zu einem effektiven Machtinstrument aus. Der verlorene Juni-Krieg 1967, in dem Israel vor allem die syrische Luftwaffe militärisch entscheidend schwächte, gefährdete auch seine Position.

Die anhaltenden Richtungskämpfe innerhalb des politischen Machtzentrums führten während des jordanischen Bürgerkrieges am 16. November 1970 zur Absetzung von Nureddin Atassi, Staatspräsident seit Februar 1966 und seit Oktober 1968 auch Ministerpräsident, durch Hafiz al-Assad. Den unblutigen Putsch nannte er „Korrekturbewegung“. Somit beendete er eine lange Periode der Instabilität: seit dem Abzug der Mandatsmacht Frankreich aus Syrien im Jahr 1946 erlebte das Land 21 Staatsstrecke.

Ende 1970 wurde er auch Generalsekretär der Baath-Partei. Das Amt des Regierungschefs behielt er bis April 1971. Seit Februar 1971 ist Hafiz al-Assad syrischer Staatspräsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Als Staatspräsident wurde er bisher vier Mal, 1978, 1985, 1991 und zuletzt am 8.

Februar 1999 für eine jeweils siebenjährige Amtszeit mit überwältigender Mehrheit vom Volk in seinem Amt bestätigt.

■ Bewaffneter Kampf zwischen ungleichen Brüdern

Am 21. Oktober 1999 war es mit der Ruhe in der nordsyrischen Hafenstadt Latakiya vorbei. Dort war es unweit des Hafengeländes zu Schießereien zwischen regulären Militäreinheiten und bewaffneten Gruppen gekommen.²⁾ Die Angaben über die Anzahl der Toten und Verletzten schwanken, je nach Quelle, zwischen weniger als einem Dutzend und mehreren Hundert. Hintergrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen bildet der Kampf um die Macht zwischen dem amtierenden 69-jährigen Staatspräsidenten Hafiz al-Assad und seinem jüngeren, 56 Jahre alten Bruder Rifaat.

Die Feindschaft im Hause Assad erinnert an die im Orient bei Christen und Muslimen bekannte Geschichte der ungleichen Brüder Kain und Abel. Der Asket Hafiz gilt als kühl und pragmatisch, aber eiskalt, wenn es um die Macht geht. Der Lebemann Rifaat wird als korrupt, skrupellos und brutal geschildert. 1982 hatte Rifaat im Auftrag seines Bruders Hafiz den Aufstand der Moslembrüder in der Stadt Hama blutig niedergeschlagen. Bis zu 20 000 Menschen sollen dabei ums Leben gekommen sein.

Im November 1983 erlitt Hafiz al-Assad einen Herzinfarkt. In Damaskus kursierten Gerüchte über personelle Umbesetzungen und Machtkämpfe innerhalb der syrischen Führung. Rifaat nutzte die schwere Erkrankung seines Bruders, um 1984 erneut die Machtfrage zu stellen.³⁾ Mit seiner 55 000 Mann starken Miliz und einer schillernden Allianz aus Anhängern des Militärs, der Geschäftswelt und Akademikern versuchte er die Macht an sich zu reißen. Doch der Präsident genas und bildete im März 1984 das Kabinett um, wodurch sich die rivalisierenden Gruppen gegenseitig neutralisieren sollten. Er ernannte drei einander feindlich gesinnte Vizepräsidenten: seinen Bruder Rifaat, der als Chef der Sicherheitskräfte über eine beträchtliche Hausmacht verfügte, aber durch seine dubiosen Privatgeschäfte diskreditiert war, den als realistischen Pragmatiker eingeschätzten ehemaligen Außenminister Khaddam,

2) Siehe dazu: „Machtgerangel um Assads Nachfolge in Syrien“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 15.12.1999; „La villa du frère de Hafez El Asad à Lattaquié prise d'assaut par les forces de sécurité syriennes“, in: *Le Monde*, 24.10.1999; „Schießereien unter Brüdern. In Syrien verstärkt sich der Machtkampf im Hause Assad“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 25.10.1999; „In Syrien brechen alte Rivalitäten in der Familie Assad auf“, in: *Handelsblatt*, 25.10.1999; „Unter Brüdern. Im Hintergrund: Machtkampf in Syrien“, in: *Frankfurter Rundschau*, 27.10.1999; „Sibling rivalry flares anew in Assad's Syria“, in: *Middle East Times*, 28.10.-3.11.1999; „Lebenszeichen von Assads verstoßenem Bruder. Rifaat al-Asad baut eine Konkurrenzpartei zum Baath auf“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 19.11.1999; „Bruderzwist im Hause Assad“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 27.11.1999.

3) „Ringen um die Nachfolge Hafez al-Assads“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10.7.1984.

der zu den engsten Vertrauten des Präsidenten gerechnet wird und bis heute ununterbrochen im Amt ist, sowie Zuhair Masharaka, einen Vertreter der Baath-Partei. Doch schon zwei Monate später schickte Hafiz al-Assad seinen Bruder, der ihm zu mächtig zu werden schien, ins Exil nach Europa, aus dem er aber wieder zurückkehrte.

Westliche Geheimdienstkreise sind sich sicher, dass Rifaat sein politisches Amt dazu benutzte, um zu einem der führenden Drogenbarone des Nahen Ostens aufzusteigen. Um das im Libanon und in der Türkei angebaute Rauschgift nach Europa zu bringen, ließ er in der Hafenstadt Latakiya auf 11 410 Quadratmeter Staatsland einen kleinen Hafen bauen, um den er im Laufe der Zeit weitere Gebäude hinzubauen und schließlich die gesamte Anlage festungsartig absichern ließ. Gleichzeitig diente der Privathafen der Einfuhr unverzollter Konsumgüter.

1985 ging Rifaat, nachdem es wieder zu Spannungen mit seinem Bruder gekommen war, abermals ins Exil. Zweimal noch kehrte Rifaat nach Syrien zurück: 1992 versöhnten sich beide Brüder auf den Wunsch ihrer Mutter an deren Sterbebett. Im Januar 1994 nahm Rifaat an der Beerdigung seines tödlich verunglückten Neffen und Rivalen um die Nachfolge, Basil Al-Assad, teil. Im Februar 1998 verlor Hafiz al-Assad endgültig die Geduld: Rifaat wurde aus der Baath-Partei ausgeschlossen und seines Postens als Vizepräsident enthoben. Selbst danach gab Rifaat keine Ruhe. In London unterhält sein Sohn Sumer eine Fernsehstation, die nicht nur die Herrschaft des Onkels anprangert. Im Kreuzfeuer der Kritik steht vor allem der Sohn des Präsidenten, Baschar al-Assad. Seit dem Tod seines Lieblingssohnes Basil versucht Präsident Hafiz al-Assad seinen zweiten Sohn Baschar zu seinem Nachfolger aufzubauen. Rifaat provozierte seinen Bruder in aller Öffentlichkeit, als er im Juli 1999 unangemeldet bei den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen marokkanischen König Hassan II. in Rabat erschien. Präsident Hafiz al-Assad war aufgrund seines angeschlagenen Gesundheitszustandes nicht angereist. Zudem befürchtete er eine ungewollte Begegnung mit Israels neuem Premierminister Barak.

Auf einer Pressekonferenz vor ausländischen Journalisten nahm Informationsminister Moham-

med Salman am 12. November 1999 erstmals öffentlich Stellung zu den Ereignissen in Latakiya. Gewöhnlich ist Syriens Informationspolitik alles andere als offen. Der syrischen Führung schien es hier aber wohl geboten, ungewöhnlich offene Worte zum Machtkampf zwischen den beiden verfeindeten Assad-Brüdern zu finden, um weitere Gerüchte erst gar nicht aufkommen zu lassen. Seit 1995 habe das Ministerium für Transport, so der Minister, dem das von Rifaat al-Assad widerrechtlich angeeignete Staatsland eigentlich untersteht, diesen mehrmals aufgefordert, das Land zu räumen. Rifaat habe, ähnlich den Warlords während des libanesischen Bürgerkrieges, einen Privathafen gebaut, um ungehindert mit Schmuggelwaren handeln zu können. Im letzten Jahr sei ein Versuch seitens der Regierung fehlgeschlagen, den Hafen und die dazugehörigen Gebäude wieder in staatliche Gewalt zu bringen. Jetzt habe man diesen illegalen Zustand endgültig beendet. Es habe dabei mehrere Tote gegeben. Nach Angaben des Ministers hält sich Rifaat zur Zeit in Spanien auf. Sollte er nach Syrien zurückkehren, werde er wie jeder andere Gesetzesbrecher behandelt.

■ Personenkult um Vater und Söhne

Personenkulte um Monarchen und Präsidenten sind in arabischen Ländern nichts Ungewöhnliches. Überall blickt der König, Emir, Sultan, der Präsident (arab. *Ra'is*) oder der Führer (arab. *Za'im*) als eher strenger Landesvater auf sein Volk oder die Besucher des Landes herab. In Syrien wird der Personenkult aber gleich dreifach betrieben. Ob vor Moscheen, öffentlichen Gebäuden, in den Straßen, Geschäften oder im *Hammam*, dem öffentlichen Bad und hinter den Heckscheiben der Autos, nirgends entgeht man den gestrengen Blicken von Präsident Hafiz al-Assad und seinen beiden Söhnen Basil und Baschir. Obwohl Syrien offiziell eine Republik ist und laut Verfassung der Staatspräsident auf Vorschlag der regierenden Baath-Partei durch die Volksversammlung nominiert und den Bürgern zum Volksentscheid vorgelegt wird, vermittelt die Allgegenwart der drei Assads doch den Eindruck einer „Erbrepublik“.⁴⁾

Ursprünglich erkör Präsident Hafiz al-Assad seinen ältesten Sohn Basil zu seinem Nachfolger.⁵⁾ Der

4) Vgl: Reiner Biegel, „Die alten und die neuen Pharaonen. Das Regime Mubarak nach dem Plebisitz vom 26. September 1999“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 10/99, S. 21-41.

5) Siehe dazu: „Die Assads sind keine Dynastie“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.1.1994; „Assads Sohn im Rudel der Wölfe“, in: *Frankfurter Rundschau*, 17.6.1998; „Thronfolger für eine Republik“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.4.1999; „Assad bereitet seinem Sohn den Boden“, in: *Die Welt*, 25.8.1999; „Menschen der Zukunft“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.8.1999.

charismatische Basil war beliebt. Doch Basil verunglückte tödlich, erst 32 Jahre alt, im Januar 1994 mit seinem Wagen auf dem Weg zum Flughafen von Damaskus. Jetzt schien der Weg frei zu sein für Hafiz al-Assads jüngeren Bruder Rifaat. Doch der Präsident holte seinen Sohn Baschar aus London zurück, wo dieser eine Ausbildung zum Augenarzt absolvierte. Charakterlich sind die Brüder sehr verschieden. Basil verkörperte den sportlichen, draufgängerischen Typ, der sich Meriten im Reiten, Schießen und Schwimmen holte. Er war Ingenieur, ließ sich zum Fallschirmspringer ausbilden und war zuletzt Stabsoffizier und seit Beginn der neunziger Jahre höchster Kommandant der Präsidentengarde. Baschar repräsentiert eher den intellektuellen, an modernen Technologien interessierten Typ. Auf den Straßen hört man dies aber in anderen Variationen: „Basil war wie ein Mann, Baschar wie eine Frau“, was soviel besagen soll, als würde Baschar charakterlich als schwach und politisch somit als nicht durchsetzungsfähig eingestuft. Trotzdem sieht man das „Triumvirat“ von Vater Hafiz und den Söhnen Basil und Baschar auf unzähligen Photos abgebildet, darunter der bezeichnende Slogan, der jedem der drei eine Funktion zuschreibt: „Der Führer, der Held, die Hoffnung“.

■ Ein syrisches Taj Mahal für den beweinten Sohn

Zwischen den beiden nordsyrischen Hafenstädten Latakiya und Tartus liegt, etwa 20 Kilometer von der Küstenstraße entfernt, der Gebirgsort Qardaha, der Stammsitz der Familie Assad. Der Besucher merkt sofort, wenn er auf den Ort zufährt, dass die maleisch gelegene Ortschaft nicht irgend ein Dorf ist: eine vierspurige beleuchtete Autobahn ermöglicht eine schnelle und bequeme Anfahrt. Auffallend sind die vielen Neubauten sowie die gepflegten Straßen und Anlagen. Verwunderlich ist dies nicht. Wie in anderen arabischen Ländern auch profitieren die Heimatorte der Präsidenten in besonderem Maße von staatlichen Privilegien. In Tunesien zum Beispiel hat der abgesetzte Präsident Habib Bourguiba während seiner Herrschaft seinen Geburtsort Monastir genauso infrastrukturell bevorzugt wie der seit 1987 amtierende Präsident Zine Al-Abidine Ben Ali seinen Herkunftsort Hammam Sousse.

Etwas abseits entsteht in Qardaha, an den Ausläufern des Ansariye-Gebirges gelegen, ein Wallfahrtsort der besonderen Art: auf einer Grundfläche von 800 Quadratmetern wird dem 1994 tödlich verunglückten Basil al-Assad, ältester Sohn des Staatspräsidenten, ein Mausoleum errichtet, das selbst eines Herrschers würdig wäre.⁶⁾ Der rund 17 Meter hohe, in Form eines achtzackigen Sterns konstruierte Monumentalbau soll dieses Jahr fertig gestellt werden.

Schon jetzt strömen vor allem an den Wochenenden Mitglieder staatlicher Massenorganisationen, Jugendgruppen und Sektionen der Baath-Partei aus ganz Syrien sowie Delegationen ausländischer Besucher in den malerisch gelegenen Gebirgsort, um hier eines Mannes zu gedenken, der zu seinen Lebzeiten „nur“ der Sohn des Präsidenten war und nicht einmal herausragende öffentliche Ämter bekleidete.

Gegenüber dem Neubau fallen dem Besucher auf einer provisorisch errichteten überdachten Veranda Blumengestecke mit Schleifen, auf denen die Stifter, meist Direktoren mitsamt Belegschaft staatlicher Betriebe, genannt sind, ins Auge. Dazu großformatige gemalte Bilder von Basil in heldenhaft-pathetischer Pose, meist zu Pferd. Wer sich die Mühe macht, zwischen den Bauwerkzeugen und -materialien um das noch unfertige Gebäude herumzugehen, der stößt auf ein großes bemaltes Schild aus Holz, auf dem sich Basil zu Pferd zum Himmel erhebt.

Bis jetzt muss sich der Besucher mit einem provisorischen Mausoleum begnügen. Er betritt entlang von unzähligen Blumengebinden und Weihrauchgefäßen, untermauert von der sonoren Stimme eines Koranrezitators, das Grabmal: ein oktogonaler Raum von etwa sieben Metern Durchmesser, ganz in grünem Tuch, der Farbe des Islam, ausgeschlagen. In der Mitte ruht, ebenfalls vollständig in grünes Tuch gehüllt, der Leichnam Basils in einem brusthoch aufgebaehrten Sarkophag. Alles erinnert daher eher an einen islamischen Wallfahrtsort, wie ihn vor allem die Schiiten besuchen, und doch beeilt sich Maan Scheich Ibrahim, Chef des syrischen Protokolls, zu versichern, dass dies mit „Heiligenverehrung“ nichts zu tun habe. In dem Bau seien Elemente verschiedener Religionen integriert worden, um zu demonstrieren, dass Basil al-Assad der „Held“ aller Syrer sei. So seien zum Beispiel die Fenster des Mausoleums denen

6) Siehe dazu: „Assad's new hope for Syria's future“, in: *Middle East Times*, 25.11.-1.12.1999; „Ein Tadsch Mahal für Assads Sohn“, in: *Frankfurter Rundschau*, 3.12.1999; „Machtgerangel um Asads Nachfolge in Syrien“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 15.12.1999; „Hafez al-Assad regelt seine Nachfolge“, in: *Tages-Anzeiger*, 15.12.1999.

syrischer Kirchen nachempfunden. Dadurch entsteht hier ein eklektizistischer Bau der besonderen Art. Trotzdem bleibt der Widerspruch: ein säkulares Regime, regiert von einer von einem Christen gegründeten Einheitspartei, getragen vor allem von Mitgliedern einer heterodoxen extrem schiitischen Sekte, lässt für einen toten Präsidentensohn, der seinerzeit nicht einmal eine besonders wichtige politische Funktion innehatte, eine Grabmoschee errichten, die doch ausschließlich dem Zwecke der Wallfahrt dient. Für die Mehrheit der Syrer, die sunnitisch-orthodoxe Muslime sind, ist das die reinste Blasphemie.

■ Demographische Zeitbombe?

Syrien weist mit 3,6 Prozent nicht nur unter den arabischen Staaten eine der höchsten Geburtenraten der Welt auf. Die Bevölkerung verdreifachte sich von 4,6 Millionen im Jahre 1960 auf 12,1 Millionen im Jahre 1990. Die Einwohnerzahl betrug 1992 rund 13 Millionen und zu Beginn des Jahres 2000 dürfte sie bei rund 16 Millionen liegen. Die Bevölkerung konzentriert sich auf das Küstengebiet am Mittelmeer und entlang einer Nord-Süd-Achse in den größten Städten Aleppo, Hama, Homs und Damaskus.

Siedlungsgeschichtlich war der Raum des heutigen Syrien als Teil des altweltlichen Trockengürtels schon seit Jahrtausenden von dem konflikträchtigen Nebeneinander und oft Gegeneinander zwischen sesshafter ländlicher und städtischer Bevölkerung auf der einen Seite (Oasenbauern, Städter, arab. *badr*) und nomadisierender beduinischer auf der anderen geprägt. Damaskus gilt als die älteste dauerhaft besiedelte Stadt der Welt.

Der Gouverneur von Damaskus, Nabil Nasri, beziffert die Einwohnerzahl des Großraumes Damaskus mit 4,5 Millionen.⁷⁾ Die Infrastruktur der Stadt sei, so der Gouverneur, für eine Bevölkerung von rund 1,5 Millionen angelegt. Durch den syrisch-israelischen Konflikt sei die vom Golan geflüchtete bzw. vertriebene Bevölkerung (rund 150 000) überwiegend in das nahe Damaskus migriert. Hinzu kamen bäuerliche Familien aus anderen ländlichen Räumen Syriens, die sich in illegalen Siedlungen ringförmig um die Stadt angesiedelt hätten. Trotz gegensteuernder Programme seitens der syrischen Regierung ist es nicht gelungen, die Land-Stadt-Wanderung

7) Auf einer Pressekonferenz am 13.11.1999 in Damaskus vor in Ägypten, Libanon und Jordanien akkreditierten Journalisten der Foreign Press Association FPA, Kairo.

wesentlich zu reduzieren. Belastend wirke sich auch die hohe Zahl an Berufspendlern aus, die täglich aus einem Umkreis von bis zu 80 Kilometern in die Stadt kommen. 40 Prozent der Bevölkerung von Damaskus verstößt gegen geltendes Recht aufgrund illegaler Baumaßnahmen, Wasserentnahme und Stromnutzung. Die bestehende Infrastruktur (v.a. Wasser- und Stromleitungen) ist zum Teil 50 Jahre alt und bedarf der Erneuerung.

Die zweitgrößte Stadt Syriens, Aleppo, weist schätzungsweise eine Einwohnerzahl von zwei Millionen auf. Somit leben rund 40 Prozent der Gesamtbevölkerung Syriens in nur zwei Städten mit dem „Wasserkopf“ Damaskus. Durch die sprunghaft angestiegene Binnenmigration sowie Zwangsumsiedlungen sind ursprünglich ethnisch oder religiös homogene Siedlungsgebiete teilweise in Auflösung begriffen.

■ Brisantes Vielvölker- und Religionengemisch

Die Araber stellen mit rund 90 Prozent die mit Abstand größte ethnische Gruppe, daneben gibt es etwa neun Prozent Kurden, ein bis zwei Prozent Armenier sowie kleine tscherkessische, turkmenische und assyrische Minderheiten. Hinzu kommen etwa 350 000 Palästinenser, die als Flüchtlinge von der UNRWA betreut werden. Sie haben zwar nicht die syrische Staatsbürgerschaft, sind aber rechtlich den Syrern gleichgestellt. Um die Entstehung eines palästinensischen Staates im Staate, wie dies in Jordanien und im Libanon versucht worden ist, zu verhindern, wurden die Palästinenser vom Regime immer scharf kontrolliert. Besonders in den Städten ist der Anteil ethnischer und religiöser Minderheiten höher als im Landesdurchschnitt. In Aleppo beispielsweise beträgt der Anteil christlicher Einwohner rund 20 Prozent, während er landesweit bei unter zehn Prozent liegt. Die Existenz nationaler Minderheiten hat für die politische Entwicklung des Landes zwar eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, tritt aber im Vergleich zu den ethnisch-konfessionellen Zugehörigkeiten zurück. Artikel 35 der syrischen Verfassung garantiert die Glaubensfreiheit und die Freiheit der Religionsausübung, sofern sie nicht die „öffentliche Ordnung“ stört.

■ Die Kurden

8) Vgl. dazu: „Die syrischen Kurden und der arabische Nationalismus“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.10.1999, sowie die von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Internet zu findenden Informationen über die Lage der Kurden unter: <http://www.gfbv.de/voelker/nahost/syrien.htm>.

Die größte ethnische Minderheit sind die Kurden. Ihre Zahl wird auf etwa 700 000 bis eine Million geschätzt.⁸⁾ Die Mehrheit der Kurden sind sunnitische Muslime. Während sie bis Ende der fünfziger Jahre gewisse kulturelle Freiheiten genossen, begann mit dem Erstarken der panarabischen Ideologie und der Machtübernahme der panarabisch orientierten Baath-Partei 1963 eine restriktivere Kurdenpolitik. Im August 1962 wurde eine Sondervolkszählung durchgeführt, bei der offizielle Stellen 120 000 Kurden die syrische Staatsbürgerschaft entzogen und sie zu Ausländern erklärten. Ihnen wurde unterstellt, illegal aus der Türkei einzusickern und den „arabischen Charakter“ der Provinz Djazira (arab. *Insel*, bezeichnet hier das Gebiet zwischen Euphrat und Tigris) zu unterminieren. Ihre Zahl dürfte heute bei etwa 200 000 liegen. Sie sind praktisch nahezu rechtslos: sie können keinen Pass beantragen, ihre Kinder nicht registrieren und einschulen lassen, nicht legal heiraten, dürfen weder Land noch Häuser besitzen, keine Geschäfte betreiben und erhalten keine Stellen im Staatsdienst. Auch Kurden, die eine Staatsangehörigkeit besitzen, haben keinen Rechtsanspruch auf kulturelle (d.h. auch sprachliche) Autonomie. Allerdings wird die private Pflege der kurdischen Sprache und Kultur geduldet.

Auf der anderen Seite belohnt das Regime loyale Kurden mit privilegierten Stellungen im Staatsdienst, um sich dadurch auch des Rückhaltes der Minderheiten zu versichern. Die meisten Kurden gelten als integriert und teilweise sogar assimiliert. Diese Politik wird nicht nur bei den Kurden angewandt, sondern gilt allgemein für ethnische und religiöse Minderheiten. Syrien gewährte kurdischen Partisanenführern aus den Nachbarländern Irak und Türkei immer wieder Zuflucht, wenn dies politisch opportun erschien. Dabei ging es weniger um die Unterstützung kurdischer Rechte, sondern eher darum, die unliebsamen Nachbarn politisch zu schwächen. Prominentester „Asylant“ war bis Oktober 1998 der Führer der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, der von Damaskus aus sowohl die Ausbildung als auch die Guerillaaktionen der PKK-Kämpfer befehligte.

Ebenfalls in den sechziger Jahren begann die Politik des „Arabischen Gürtels“: entlang der Grenze zur Türkei wurden die dort siedelnden Kurden in einem bis zu 15 Kilometer tief in syrisches Gebiet hinein reichenden Streifen ins Landesinnere umgesiedelt und im Gegenzug durch syrische „Wehrbauern“ ersetzt. Präsident Assad erklärte das Projekt 1976 offiziell für beendet, es soll jedoch heimlich fortgesetzt werden. Kurdische Orts-, Berg- und Flussnamen wurden arabisiert. Viele Kurden sind danach in den Libanon ausgewandert, wo sie sich meist in Beirut niederließen und die stadtrandlichen Elendsgürtel bevölkerten.

■ **Die Ismailiten, Alawiten und Drusen**

Neben den sunnitischen Muslimen, die etwa 75 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, gibt es in Syrien noch die heterodoxen Gruppen der Ismailiten, der Alawiten und der Drusen, wobei vielen sunnitisch-orthodoxen Gläubigen die Islamität dieser drei Sekten immer noch verdächtig erscheint. Im geringsten Falle werden sie beargwöhnt, im extremsten Falle als Häretiker verurteilt, der Blasphemie bezichtigt und auch, wie von den Muslimbrüdern vorexerziert, mit Gewalt bekämpft. Es handelt sich um drei extreme Abspaltungen des schiitischen Islam.

Die Ismailiten stellen knapp ein Prozent der syrischen Bevölkerung und leben überwiegend in der Stadt Salamiya. Sie stehen unter der geistigen Führung von Agha Khan. Die Alawiten, auch Nusairier genannt, eine extreme Sekte, die aus der Zwölferschia hervorgegangen ist, siedeln überwiegend im Ansariye-Gebirge zwischen Orontes und der Mittelmeerküste in der Provinz Latakia. Ihr Anteil wird auf zehn bis 15 Prozent geschätzt. Streng orthodoxe Muslime bestreiten, dass Alawiten rechtgläubige Muslime seien. Präsident Assad ließ sich zur Legitimierung seiner Herrschaft deshalb von dem libanesischen Schiitenführer Musa as-Sadr 1973 in einer *Fatwa* (islamisches Rechtsgutachten) bestätigen, dass die Alawiten zu den Schiiten zu rechnen und somit rechtmäßige Muslime seien. Die Drusen sind eine religiöse Gemeinschaft, die sich von der schiitischen Sekte der Ismailiten abgespalten haben. Ihr Anteil in Syrien beträgt heute etwa drei Prozent. Sie siedeln

vornehmlich im gleichnamigen Drusen-Gebirge (Djebel Drus) und auf dem Golan und verteilen sich heute auf Israel, Libanon und Syrien.

„Der hohe Anteil von Vertretern der Minderheiten, vor allem der Alawiten, in der Partei, im Staatsapparat sowie in den Streitkräften und Geheimdiensten seit der Machtübernahme durch die Baath-Partei im Jahre 1963 ist Anlass zu Kritik aus den Reihen der sunnitischen Bevölkerung und eine wesentliche Ursache für innenpolitische Spannungen“.⁹⁾

Trotz des hohen Anteils von Alawiten in Regierung, Partei und Militär wäre es falsch, von einer „Alawiten-Herrschaft“ zu sprechen.¹⁰⁾ Dies hat weniger mit Konfessionalismus zu tun als mit Patronage und Klientelismus. Die Alawiten stellen deshalb bewusst ihre konfessionelle Andersartigkeit nicht in den Vordergrund, sondern betonen die syrisch-nationalistische bzw. panarabisch-baathistische Haltung des Regimes. Trotzdem befindet es sich, auch aufgrund fehlender Demokratie, permanent unter Legitimationszwang. Besonders die sunnitisch-orthodox ausgerichteten Muslimbrüder stellten die Legitimität des Assad-Regimes immer wieder in Frage.

■ Die Armenier

Die Armenier, Opfer des ersten systematischen Genozids im 20. Jahrhundert während des Ersten Weltkrieges durch die nationalistischen Jungtürken des Osmanischen Reiches, sind die einzige größere Gruppe, die sowohl ethnisch als auch religiös eine Minderheit bilden. Ihre Zahl wird auf rund 150 000 geschätzt. Sie leben überwiegend in den beiden größten Städten Damaskus und Aleppo. Im Gegensatz zu den Kurden erhielten die Armenier anerkannte Minderheitenrechte. Dazu gehört vor allem der Unterhalt von Gemeindezentren sowie eigener Schulen, in denen in armenischer und arabischer Sprache unterrichtet wird. Konfessionell zerfällt die armenische Gemeinschaft in einen, wie auch bei anderen ostchristlichen Kirchen, orthodoxen und einen katholischen Teil.¹¹⁾ Die armenisch-orthodoxen Christen in Syrien gehören zu den Diözesen Aleppo und Damaskus, die dem seit 1930 in Antelias im Libanon residierenden Katholikos von Kilikien unterstehen. Die kleine armenisch-katholische Gemeinde untersteht dem Patriarchat von Kilikien in Beirut mit den Diö-

9) Thomas Koszinowski, „Der Islam in ausgewählten Staaten: Syrien, Irak, Jordanien“, in: Werner Ende, Udo Steinbach (Hrsg.), *Der Islam in der Gegenwart*, München 1996, S. 507-512.

10) Vgl. Heinz-Dieter Winter, „Syrien und das Ende des Ost-West-Konflikts“, in: *ORIENT* 37 (1996), Heft 3, S. 419-435; der Autor war deutscher Botschafter in Syrien.

11) Vgl. zu den christlichen Minderheiten Peter Antes, „Die Religionen des Nahen und Mittleren Ostens“, in: Udo Steinbach, Rüdiger Robert (Hrsg.), *Der Nahr und Mittlere Osten. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte, Kultur*, Bd. 1: Grundlagen, Strukturen und Problemfelder, Opladen 1988, S. 49-66; Erhard Franz, „Religiöse und peripherie Minderheiten“, in: Udo Steinbach, Rüdiger Robert (Hrsg.), a.a.O., S. 67-78; Youssef Courbage, Philippe Fargues, *Christians and Jews in Islam*, London, New York 1997; Youssef Courbage, „Christianity and Islam: Demography in the Middle East“, in: *ISIM Newsletter* 3/1999, S. 26; „Ohne Assad gäbe es uns vielleicht nicht mehr“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.5.1999.

zesen Aleppo, Damaskus und Qamishliye. Die während und nach dem Ersten Weltkrieg vertriebenen Armenier neigten in ihren neuen Gastländern zur Segregation. In Aleppo, Damaskus, aber auch in Jerusalem gibt es heute noch eigene armenische Stadtviertel, die auch auf Stadtplänen diese Bezeichnung tragen.

■ Arabische christliche Minderheiten

Die Anzahl der christlichen Minderheiten im Nahen Osten (mit Ausnahme des Libanon) ist von einmal rund 26 Prozent am Vorabend des Ersten Weltkrieges auf heute unter zehn Prozent gesunken. Die Gründe liegen weniger in massiver Verfolgung oder Vertreibung (mit Ausnahme der Armenier) als vielmehr in Auswanderung und verändertem Reproduktionsverhalten. Insgesamt spalten sich die christlichen Minderheiten in Syrien in elf Denominationen auf, von denen mit rund 500 000 Mitgliedern auf die griechisch-orthodoxe Kirche etwa 50 Prozent entfallen („Griechisch-Orthodoxes Patriarchat von Antiochia“ mit Sitz in Damaskus). Hinzu kommen rund 112 000 griechisch-katholische Christen („Patriarchat der katholischen Melkiten von Antiochia, Alexandria und Jerusalem“); rund 90 000 Jakobiten („Syrisch-Orthodoxe Kirche von Antiochia und dem ganzen Osten“); etwa 28 000 Maroniten in den Diözesen Aleppo und Latakiya („Patriarchat der Maroniten“ mit Sitz im Libanon); rund 23 000 syrisch-katholische Christen in den Diözesen Aleppo, Damaskus, Homs und Nisisbis (Hassake), („Katholisch-syrisches Patriarchat von Antiochia“); rund 20 000 Protestanten verschiedener evangelischer und episkopaler Kirchen ohne einheitlichen Ritus sowie rund 11 000 Lateiner (Katholiken), von denen die Hälfte in Aleppo lebt;

Eine gewisse Besonderheit stellen die rund 17 000 assyrischen Christen dar, die auch Nestorianer genannt werden („Apostolisch-Katholische Kirche des Ostens“). Sie sprechen einen aramäischen (neuwest-syrischen) Dialekt und siedeln in Maalula und Seydnaya an der Ostabdachung des Antilibanon-Gebirges sowie um Hassake im Osten des Landes.

I Tabelle 1: Christliche Minderheiten in Syrien

Konfession	Anzahl
Griechisch-Orthodoxe	503 000
Griechisch-Katholische	111 800
Armenisch-Apostolische (Orthodoxe)	111 800
Jakobiten	89 400
Maroniten	28 000
Armenisch-Katholische	24 600
Syrisch-Katholische	22 400
Protestanten	20 100
Nestorianer	16 800
Lateiner	11 100
Chaldäisch-Katholische	6 700
Christen gesamt	945 700
Anteil an der Bevölkerung in Prozent	6,4

Quelle: Youssef Courbage/Philippe Fargues: *Christians and Jews in Islam*, London/New York 1997, S. 209.

■ Regionale Ordnungsmacht mit begrenzten Möglichkeiten

Jahrelang war auch die Politik im Nahen und Mittleren Osten durch den Kalten Krieg überlagert. In wechselnden Bündnissen suchten die Supermächte USA und die Sowjetunion, nahöstliche Staaten an sich zu binden. Umgekehrt versprachen sich die Länder der Region von den Großmächten Schutz. Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat auch auf die regionalpolitischen Ziele des Assad-Regimes entscheidende Auswirkungen gehabt. Der ägyptisch-israelische Separatfrieden bedeutete für Damaskus eine völlig neue Konstellation. Für Syrien war die anzustrebende „strategische Parität“ mit Israel eine (außen-)politische Konstante. Das bedeutete, dass die politische, militärische und wirtschaftliche Überlegenheit Israels mit allen Mitteln einzuschränken sei. Für Damaskus galt es deshalb, mit panarabischen Lösungen den antiisraelischen Widerstand zu organisieren und sich als „das schlagende Herz des Arabertums“ zu profilieren.

Die israelisch-arabischen Kriege hatten auch für Syrien einschneidende Konsequenzen. Im Juni-Krieg von 1967 verloren die Syrer den Golan. Der Oktoberkrieg von 1973 endete für Syrien ambivalent: während zwei Truppenentflechtungsabkommen zwischen Israel und Ägypten am Suez-Kanal und auf dem Sinai vom Januar 1974 und September 1975 schließlich zur Rückgabe der gesamten Sinai-Halbinsel an Ägypten durch Israel führten, kam es im Mai

1974 zwischen Syrien und Israel zwar zu einem ähnlichen Abkommen, wofür Hafiz al-Assad aber nur die im Golan gelegene Stadt Qunaitra zurückerhielt. Die ersehnte Rückgabe des gesamten Golan an Syrien steht bis heute aus.

■ Schwierige Nachbarn

Die Arabische Republik Syrien grenzt im Norden an die Türkei (877 km), im Osten an den Irak (603 km), im Süden an Jordanien (375 km), im Westen an den Libanon (280 km) und im Südwesten an Israel (80 km). Hinzu kommen im Nordwesten ca. 180 km Mittelmeerküste. Somit weist Syrien mit seinen Nachbarn Grenzen mit einer Gesamtlänge von rund 2400 km auf. Die Grenzen mit der Türkei, Irak und Jordanien verlaufen durch überwiegend semiaride Steppengebiete, während Gebirge (Anti-Libanon, Ansariye-Gebirge) die Grenze zum Libanon bilden. Umstritten ist seit dem Juni-Krieg 1967 die Grenze zu Israel, da Syrien die Rückgabe des von Israel besetzten Golan fordert. Die Beziehungen Syriens zu seinen Nachbarländern in Vergangenheit und Gegenwart sind von vielen Spannungen geprägt.

■ Türkei: Historische Erblasten

Die längste Grenze weist Syrien mit der Türkei im Norden auf.¹²⁾ Sie wurde nach dem ersten Weltkrieg vor allem von den Siegermächten Frankreich und Großbritannien gezogen, die im Nahen Osten auch koloniale Interessen hatten. 1916 hatten der britische Diplomat Mark Sykes und sein französischer Kollege Georges Picot die Einflusszonen beider Länder ausgehandelt, die bei der späteren Festlegung der Staatsgrenzen weitgehend respektiert wurden. Frankreich erhielt 1920 aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches vom Völkerbund Syrien und Libanon als Mandat zugesprochen. Diese Entscheidung fiel gegen den ausdrücklichen Willen einer in Damaskus zusammengetretenen „Syrischen Konferenz“, die das historische Syrien zu einer konstitutionellen Monarchie erklärt hatte. Großbritannien wurde Mandatsmacht im Irak, in Palästina und Transjordanien. Die Grenzen wurden ohne Rücksprache mit der dort ansässigen Bevölkerung gezogen. Frankreich gliederte Teile aus der ehemaligen osmanischen Provinz

12) S. „Die Angst des Syrers vor dem Pascha“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.10.1999.

Damaskus aus und fügte sie dem neu geschaffenen Libanon hinzu. 1939 trat Frankreich den Bezirk Alexandrette (Iskenderun) an die Türkei ab. Syrien hat diesen Gebietsverzicht nie anerkannt: auf allen offiziellen Landkarten Syriens gehört die heutige türkische Provinz Hatay zu Syrien. Ein Resultat dieser Grenzziehung sind die heute etwa 400 000 Araber, die in der Türkei südlich des Ostantaurus in den Provinzen Urfa, Mardin, Siirt und Hatay leben. Diese „Irredenta“-Frage ist bis heute ungelöst und steht mehr oder weniger unausgesprochen zwischen beiden Staaten.

Ein weiterer Punkt betrifft die Kurdenfrage, die in allen beteiligten Staaten bis heute nicht befriedigend gelöst ist. Das kurdische Siedlungsgebiet erstreckt sich überwiegend auf die Staaten Türkei, Syrien, Irak und Iran. Seit Jahrzehnten führen kurdische Guerillagruppen mit Unterbrechungen einen aussichtslosen Kampf gegen die dort herrschenden Regimes. Je nach politischer Notwendigkeit wurden sie bis in die Gegenwart von den verschiedenen Staaten als politische Manövriermasse gegen einen oder mehrere Nachbarstaaten benutzt. Selbst wenn die Kurden im eigenen Land bekämpft oder ihnen zumindest nicht die vollen Bürgerrechte eingeräumt werden, wie das in Syrien oder im Irak der Fall ist, gewähren die herrschenden Regimes oppositionellen Kurdengruppen oder prominenten Kurdenführern aus den Nachbarländern Asyl und stellen ihnen erhebliche finanzielle Mittel und Waffen zur Verfügung, damit sie in ihren eigenen Ländern destabilisierend wirken. Das im Orient gebräuchliche Sprichwort: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ findet hier seinen adäquaten Ausdruck.

Die Türkei verlangte im Herbst 1998 von seinem arabischen Nachbarn, die jahrelange Unterstützung der Kurdischen Arbeiterpartei PKK aufzugeben, deren Ausbildungslager im Libanon zu schließen und den Chef der PKK, Abdullah Öcalan, der seit 1980 in Damaskus residierte, an die Türkei auszuliefern oder ihn zumindest auszuweisen.¹³⁾ In Damaskus wurde der Aufenthalt Öcalans immer bestritten. Die ultimativen türkischen Drohungen zeigten bei der syrischen Führung dann doch die gewünschte Wirkung: im Oktober des gleichen Jahres verließ Öcalan Damaskus mit unbekanntem Ziel, irrte zunächst in Italien

13) „Türkische Generäle wetzen die Klingen“, in: *Tages-Anzeiger*, 5. 10. 1998; „Unerklärter Krieg‘ zwischen der Türkei und Syrien“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. 10. 1998; „Der Streit zwischen Damaskus und Ankara“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. 10. 1998; „Yilmaz warnt Syrien „zum letzten Mal““, in: *Die Welt*, 7. 10. 1998; „Die Türkei setzt weiter auf Konfrontation mit Syrien“ und „Die syrischen Kurden und der arabische Nationalismus“, beide in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. 10. 1998.

und Griechenland umher und wurde dann am 15. Februar 1999 von türkischen Agenten aus Nairobi in die Türkei entführt, dort angeklagt und zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde jedoch bis jetzt, vor allem auf internationalen Druck hin, noch nicht vollstreckt.

Die dritte Problematik, die Konfliktstoff in sich birgt, ist die seit einigen Jahren aufgebaute türkisch-israelische Allianz. Die bilaterale Zusammenarbeit beider Staaten reicht von der Erdbebenhilfe Israels für die Türkei bis zur Wirtschafts- und Militärkooperation. Syrien fühlt sich durch die intensivierten Beziehungen zwischen der Türkei und Israel in die Zange genommen. Im Februar 1996 unterschrieben beide ein Abkommen, das eine militärische Zusammenarbeit vorsieht, die auch gemeinsame Manöver beinhaltet. Der erste offizielle Staatsbesuch eines israelischen Ministerpräsidenten durch Ehud Barak in der Türkei 1999 unterstrich die Bedeutung der Türkei für Israel und verstärkte die Bedrohungssängste Syriens.

Schließlich belastet die Wasserfrage das Verhältnis zwischen der Türkei und den beiden Nachbarstaaten Syrien und Irak. Traditionell gehören die Gebiete des heutigen Syrien und Irak zum Randbereich des altweltlichen Trockengürtels und somit zu den wasserarmen Regionen der Erde.¹⁴⁾ Die biblischen Flüsse Euphrat und Tigris ermöglichten aber seit 6000 Jahren in Mesopotamien die Entstehung hydraulischer Hochkulturen. Mit den modernen Entnahmetechniken und großflächiger Bewässerung zur Versorgung einer rasant wachsenden Bevölkerung in der Region bestimmt die Wasserfrage zunehmend die Politik, da die vorhandenen Ressourcen nicht mehr ausreichen, den wachsenden Bedarf zu decken.

Syrien hat Anteil an hydroklimatisch extrem unterschiedlichen Großlandschaften. Nur in einem schmalen, an das Mittelmeer angrenzenden Küstenstreifen und im westsyrischen Gebirgsland fallen ausreichende Niederschläge (zwischen 700 und 1400 mm/Jahr). Nach Osten hin in die syrischen Steppen und Wüsten, die 65 Prozent der Landesfläche bedecken, nehmen die Niederschläge kontinuierlich ab (durchschnittlich bis 250 mm/Jahr). Gleichzeitig verfügt das Land mit dem Euphrat/Khabour-System, das in den Persisch-Arabischen Golf entwässert und dem in

14) Vgl. dazu Eckhardt Jungfer, „Wasserressourcen im Vorderen Orient“, in: *Geographische Rundschau* 50 (1998), Heft 7–8, S. 400–405 sowie „Kann nur noch ein Weiser das Euphrat-Wasser verteilen?“, in *Tages-Anzeiger*, 22. 4. 1996 und „Ein Stoff, kostbarer als Öl“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23. 7. 1996.

das Mittelmeer mündenden Orontes über zwei an Abflussmenge und Fließrichtung völlig unterschiedliche Abflusssysteme. Für Syriens Wasserversorgung kommt dem Euphrat eine überragende Bedeutung zu. Seine beiden Oberläufe, der Karasu und der Murat, entspringen im ostanatolischen Bergland in einer Höhe von 2500 bis 3000 Metern. Bei Keban, wo sich die beiden Flüsse vereinigen, weist der Euphrat eine mittlere Wasserführung von 630 Kubikmeter pro Sekunde auf, die bis zur syrischen Grenze auf 856 Kubikmeter pro Sekunde ansteigt. Ab der Grenze fließt der Euphrat mit einem extrem niedrigen Gefälle (160 m auf 675 km) durch syrisches Gebiet und liefert etwa 80 Prozent der Wasserressourcen des Landes. Ab 1974 begann Syrien, den Euphrat bei Tabqa aufzustauen und verfügt seitdem mit dem Assad-Stausee über sein wichtigstes Wasserreservoir, dessen Turbinen ein Drittel des Strombedarfs liefern.

Die Türkei hat erst in jüngster Zeit begonnen, eigene Wasserreserven zu entwickeln und damit bei seinen südlichen Nachbarn Besorgnis erregt. 90 Prozent des Euphrat- und 45 Prozent des Tigris-Wassers stammen aus Niederschlägen auf türkischem Gebiet. Daraus leitet Ankara den Anspruch ab, dieses lebenswichtige Gut in einem beträchtlichen Ausmaß zu nutzen und ist als Oberlieger gegenüber den Unterliegern Syrien und Irak im Vorteil. Seit Anfang der achtziger Jahre hat die Türkei entlang der syrischen und irakischen Grenze das gigantische Südostanatolioprojekt GAP (*Güneydogu Anadolu Projesi*) in Angriff genommen. Das GAP erstreckt sich an den Oberläufen von Euphrat und Tigris über acht Provinzen. Politisch brisant ist dieser südöstliche türkische Landesteil deshalb, weil er größtenteils von Kurden bewohnt wird. Geplant sind 22 Staudämme, 19 Kraftwerke, ein Tunnelsystem und Bewässerungsanlagen, die nach den Vorstellungen der Verantwortlichen 27 Milliarden Kilowattstunden Elektrizität produzieren, 1,3 Millionen Hektar Land bewässern und sechs Millionen Menschen mit fließendem Wasser versorgen sollen. Der notwendige Wasserbedarf wird auf 14 bis 18 Milliarden Kubikmeter geschätzt, was etwa der Hälfte der Jahresabflussmenge des Euphrats entspricht. Die Kosten dafür werden auf mindestens 31 Milliarden Dollar geschätzt. Die Türkei verbindet mit dem GAP einen enormen wirt-

schaftlichen Aufschwung: drei Ernten pro Jahr sollen die südostanatolischen Provinzen in eine Kornkammer verwandeln und den unruhigen Kurdenprovinzen Wohlstand und innenpolitisch Frieden bringen.¹⁵⁾ Außenpolitisch würde die Türkei zur Wassergroßmacht avancieren und durch eine „Friedenspipeline“ Wasser nach Israel, Jordanien und in die Arabische Halbinsel leiten. Die Türkei könnte wieder an die glanzvolleren Zeiten des Osmanischen Reiches als Regionalmacht anknüpfen, für die arabischen Nachbarn Syrien und Irak, deren Gebiete 400 Jahre von der Hohen Pforte beherrscht wurden, eine unerträgliche Vorstellung.

Wasserpotential		Wasserbedarf	
Syrien	11,5 %	Syrien	22,0 %
Türkei	88,5 %	Türkei	35,0 %
		Irak	43,0 %

Seit 1984 schlägt die Türkei einen Drei-Stufen-Plan zur Nutzung des kostbaren Wassers vor: zuerst eine Bestandsaufnahme der Wassermengen der grenzüberschreitenden Flüsse, danach ein Inventar der Landreserven nach Bodenqualität und abschließend eine Evaluierung der benötigten Wassermengen. Die türkischen Behörden argumentieren, dass dadurch das Problem auf einer rationalen, wissenschaftlich-technischen Basis gelöst werden könne. 1987 verpflichtete sich die Türkei, an der Grenze zu Syrien einen durchschnittlichen Jahresabfluss von 500 Kubikmeter pro Sekunde zu garantieren. Sowohl Syrien als auch dem Irak ist das zu wenig: Bagdad macht historische Rechte geltend und verlangt mindestens 700 Kubikmeter pro Sekunde, was natürlich von türkischer Seite strikt abgelehnt wird. Damaskus stellt drei Forderungen:

- Jeder Anliegerstaat formuliert seine Wassermengen für jeden Fluss selbst;
- Die Summe der Forderungen sollte die gesamte Jahreswassermenge nicht überschreiten;
- Liegt die Jahreswassermenge unter den Forderungen, werden die Anteile der drei Anlieger proportional gekürzt.

Die syrische Verhandlungsposition wird vor dem Hintergrund eigener ehrgeiziger Bewässerungsprojekte

15) Vgl. „Irak und Syrien gegen „Wassermonopol“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.2.1996 und „Lebenspendender Euphrat und Tigris“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.2.1996.

I Tabelle 2: Anteile der Euphrat-Anrainer an Wasserpotential und beanspruchtem Wasserbedarf (in Prozent)

Quelle: Eckhardt Jungfer: Wasserressourcen im Vorderen Orient, in: *Geographische Rundschau* 50 (1998), Heft 7-8, S. 405.

und des tatsächlichen Wasserbedarfs verständlich (s. Tabelle 2). Sollte die Türkei ihre wasserwirtschaftliche Machtposition tatsächlich ausspielen, müssten Syrien und Irak mit gravierenden Einschränkungen rechnen, die sie kaum widerspruchslös hinnähmen.

■ Irak: Die feindlichen Baath-Brüder vor einem Ausgleich?

Die Entkolonialisierung des Nahen Ostens war nicht zuletzt panarabischen und säkularistischen Ideologien zuzuschreiben, wie sie in Ägypten, Syrien und Irak schon in den vierziger und fünfziger Jahren vor allem von Armeeangehörigen vertreten wurden. Politisch dominierend wurde die arabische sozialistische Baath-Partei (arab. *Sendung*, wird oft mit Renaissance übersetzt), die aus einem 1940 von den syrischen Lehrern Michel Aflaq und Salah ad-Din al-Bitar gegründeten Diskussionszirkel mit dem programmatischen Namen al-Baath al-Arabi (*die arabische Sendung*) hervorgegangen war.¹⁶⁾ Die beiden Baath-Parteien kamen sowohl in Damaskus als auch in Bagdad 1963 an die Macht. Trotzdem blieben sowohl in Syrien als auch im Irak die politischen Verhältnisse instabil: erst die Putsche von Hafiz al-Assad in Damaskus 1970 und Saddam Husseins in Bagdad 1979 beendeten die Instabilität an der Staatsspitze.

Beide Parteien konkurrierten seitdem, neben dem nasseristischen Ägypten, um die ideologische und politische Vorherrschaft im Nahen Osten, um die Frage also, wer die „arabische Sache“ (Sozialismus, arabische Einheit, Kampf gegen Israel) am besten vertrete. Von Anfang an bestimmte deshalb auch Misstrauen die Politik zwischen Damaskus und Bagdad. Dies lag vor allem in dem jeweiligen regionalen Partikularismus begründet: beide Baath-Parteien hatten nur dort eine Chance, die Macht zu erringen, wo regionalistische und partikularistische Interessen das öffentliche Leben bestimmten, wie das in den ethnisch und religiös heterogenen Ländern Syrien und Irak der Fall war. Jeder Versuch, Syrien, Irak und gegebenenfalls Ägypten unter eine staatliche Hoheit zu bringen, musste deshalb eine bloße Utopie bleiben. Beide Parteien erwiesen sich auf Dauer als die einzigen Parteien in Syrien und Irak, welche auf längere Sicht in beiden Ländern die Errichtung einer

16) S. dazu: Reinhard Schulze, *Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert*, München 1994.

auf partikularen Interessen begründeten Diktatur garantieren konnten. In Syrien waren dies mit dem Putsch von Hafiz al-Assad die heterodoxe islamische Sekte der Alawiten und im Irak mit der Machtübernahme Saddam Husseins der „Takriti-Clan“ aus der gleichnamigen Stadt Takrit.

Regionalpolitisch deutlich wurde der Bruch zwischen Damaskus und Bagdad im ersten Golfkrieg zwischen Irak und Iran (1980-1988), als Syrien als einziger arabischer Staat gegen den „Trend“ sich für eine Parteinahme zugunsten des Mullah-Regimes in Teheran entschied. Alle anderen arabischen Nachbarn (u.a. Saudi-Arabien, die kleinen Golfstaaten, Jordanien) sowie vor allem Frankreich, Großbritannien und die USA unterstützten den Irak. Im zweiten Golfkrieg (1991), den der Irak mit der Besetzung Kuwaits ausgelöst hatte, stellte sich Damaskus wiederum gegen seinen ungeliebten Nachbarn. Diesmal aber befand sich Syrien in einer Allianz, der die arabischen Staaten, die Europäer und die USA angehörten. Die Teilnahme auf Seiten der Alliierten ließ sich Syrien von diesen reichlich entschädigen.

Mit Ausbruch des ersten Golfkrieges wurden die gegenseitigen diplomatischen Beziehungen abgebrochen und die gemeinsamen Grenzen geschlossen. Seit 1980 unterhalten beide Staaten keine diplomatischen Vertretungen mehr in den jeweils „feindlichen“ Hauptstädten. Alle Kontakte wurden seitdem, mit Ausnahme der Diskussion über Wasserfragen, über die Arabische Liga in Kairo hergestellt. Die strittige Frage, wieviel Wasser die Türkei aus den beiden auf ihrem Territorium liegenden Quellgebieten von Euphrat und Tigris den beiden Nachbarn Syrien und Irak überlassen will, führte wieder zu einer Annäherung zwischen Damaskus und Bagdad. Die gemeinsame Ablehnung der türkischen GAP-Pläne veranlassten die beiden Erzfeinde 1996 sogar zu vereintem Handeln: Hafiz al-Assad und Saddam Hussein trafen sich unter größter Geheimhaltung im Mai im südlichen Euphratbogen, um die Wasserfrage und die neue türkisch-israelische Militärallianz zu erörtern.¹⁷⁾ Anschließend drohten beide, sie würden diejenigen europäischen Firmen, die sich am Bau der Staudämme und Kraftwerke in der Türkei beteiligten, zukünftig von Projekten in ihren Ländern ausschließen.

17) „Syrien lüftet den Schleier der Geheimhaltung und spielt den Mittler“, in: *Frankfurter Rundschau*, 6.7.1996.

- 18) „Assad bestellt sein Haus“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.6.1997; „Neue syrisch-irakische Eintracht“, in: *Frankfurter Rundschau*, 25.8.1997; „Assad zimmert neuen Allianzen“, in: *Händelsblatt*, 12.9.1997; „Damaskus und Bagdad suchen den Dialog“, in: *Die Welt*, 24.11.1997.

Sowohl Staatspräsident al-Assad als auch Iraks starker Mann Saddam Hussein überraschten die politischen Beobachter, als im Mai 1997 die seit 1980 geschlossenen Grenzübergänge zwischen beiden Staaten wieder geöffnet wurden und eine Reihe bilateraler Kontakte auf verschiedenen Ebenen zustande kamen:¹⁸⁾ Zwischen Bagdad und Damaskus wurde im August 1997 wieder ein Linienbus eingesetzt, Handelsdelegationen statteten dem jeweiligen Nachbarn Besuche ab, Techniker beider Länder überprüften, ob, wann und zu welchen Kosten die seit dem ersten Golfkrieg stillgelegte Ölpipeline zwischen dem irakischen Kirkuk und der syrischen Mittelmeerküste wieder eröffnet werden könnte. Außerdem wurden den irakischen Exilgruppen in Damaskus und den syrischen in Bagdad Sendezeiten für Propaganda im Rundfunk gestrichen. Höhepunkt der Annäherung bildete ein offizieller Besuch des irakischen Außenministers Tarik Aziz in Damaskus im November 1997.

■ Jordanien: der kleine problematische Nachbar

In den fünfziger Jahren entbrannte zwischen den arabischen Staaten im Nahen und Mittleren Osten ein erbitterter ideologischer Kampf zwischen „progressiven“ Republiken und konservativen Monarchien. Speerspitze auf republikanischer Seite war seit dem Putsch der sogenannten „freien Offiziere“ Ägypten. Nacheinander wurden Monarchien in Nordafrika und im Nahen Osten gestürzt: Ägypten 1952, Tunesien 1956, Irak 1958, Libyen 1969 und Nordjemen 1970. Es schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann auch der Dominoeffekt des republikanischen Umsturzes auf die ölreichen Monarchien der arabischen Halbinsel übergreifen würde. Neben dem Königreich Saudi-Arabien, dem Sultanat Oman und den kleinen Scheichtümern am Persisch-Arabischen Golf hielt sich trotz aller politischer Turbulenzen auch noch das kleine Haschemitische Königreich Jordanien. Entstanden aus dem von der ehemaligen britischen Mandatsmacht Großbritannien geschaffenen Emirat Transjordanien, ist das Königreich Jordanien eingezwängt zwischen Syrien, Irak, Saudi-Arabien und Israel. Im Unabhängigkeitskrieg Israels wurde aus dem Emirat Transjordanien das König-

reich Jordanien durch die Annexion der Westbank. Der palästinensische Teil Palästinas ging im Juni-Krieg 1967 an Israel verloren, nachdem Jordanien an der Seite Ägyptens und Syriens am Krieg teilgenommen hatte. Nach dem gewaltsamen Tod seines Großvaters Abdallah 1951 und dem kurzen Interregnum seines Vaters Talal wurde Hussein 1952 König auf dem Haschemitenthron. Die Haschemiten, die zeitweise auch im Irak an der Macht waren, stammen ursprünglich aus dem mekkanischen Klan der Haschem, zu dem auch der Prophet Mohammed gehörte. König Hussein entpuppte sich als wahrer Überlebenskünstler und war bis zu seinem Tod im Februar 1999 neben dem marokkanischen König Hassan II. einer der am längsten regierenden Herrscher der islamischen Welt.

Die politische Situation Jordaniens war immer gekennzeichnet durch das Spannungsverhältnis zwischen Palästinensern und Transjordanern. Die Mehrzahl der jordanischen Bevölkerung ist palästinensischen Ursprungs, weshalb König Hussein immer politische Rücksichten nehmen mußte. Nach den Niederlagen von 1948 und 1967 strömten Hunderttausende von Palästinensern auf die Ostseite des Jordan und drängten somit die transjordanisch-beduinische Bevölkerung plötzlich in die Minderheit. Nach 1967 errichtete die palästinensische Befreiungsorganisation PLO in Jordanien sukzessive einen Staat im Staate, mit dem Ziel, einerseits die Machtfrage in Jordanien selbst zu stellen und andererseits von jordanischem Territorium aus Guerillaangriffe auf Israel durchzuführen. In der Krise des sogenannten „Schwarzen September“ 1970 kulminierte der Machtkampf in gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der PLO und königstreuen Beduinentruppen.

Das Verhältnis Syriens zu Jordanien war bestimmt durch die Zughörigkeit zu den beiden unterschiedlichen ideologischen Lagern: Damaskus hatte sich dem Panarabismus verschrieben, während Amman zuerst Schutz bei den Engländern, später bei den Amerikanern suchte. Syrien hatte immer die starke Westbindung Jordaniens mit Misstrauen verfolgt. So war es keine Überraschung, dass syrische Panzerverbände den bedrängten PLO-Einheiten im September 1970 zu Hilfe kamen. Da Israel und der Westen unmissverständlich klar machten, dass sie einen Sturz

der Haschemitenmonarchie nicht hinnehmen würden, weigerte sich Hafiz al-Assad als Chef der syrischen Luftwaffe, den eigenen Panzerverbänden Luftunterstützung zu gewähren, da er einen Gegenschlag der überlegenen israelischen Luftwaffe fürchtete. Darauf zogen sich die Panzerverbände aus Jordanien zurück. Die PLO-Einheiten wurden von den königstreuen jordanischen Verbänden 1970 bis 1971 nach und nach aufgerieben. Die Monarchie war gerettet.

Die Machtübernahme von General Hafiz al-Assad im November des gleichen Jahres verbesserte nicht das Verhältnis Syriens zu Jordanien. Im Gegenteil: dem asketischen, eher introvertierten Assad war der reisefreudige und weltoffene Monarch aus Amman immer suspekt. Beide verband eher eine tiefe Feindschaft, die 1973 ausgeräumt schien, als sich beide auf Vermittlung des ägyptischen Präsidenten Sadat in Kairo versöhnten. Mit dem Ausbruch des ersten Golfkrieges fanden sich Damaskus und Amman in verschiedenen Lagern wieder: Jordanien unterstützte den Irak, während Syrien als einziges arabisches Land sich auf die Seite des Mullah-Regimes in Teheran schlug. Im zweiten Golfkrieg war es nicht anders: Syrien wurde Teil der antiirakischen Allianz, während König Hussein sich für eine Verhandlungslösung einsetzte. Hinzu kam, dass Damaskus den jordanischen Friedensschluss mit Israel verurteilte.

Trotzdem war Präsident Assad einer der ersten arabischen Staatsoberhäupter, die dem verstorbenen König Hussein die letzte Ehre erwiesen. Der junge König Abdallah hat nach seiner Thronbesteigung klare Signale der Entspannung nach Damaskus geschickt. Die im Dezember 1999 überraschend aufgenommenen syrisch-israelischen Friedensverhandlungen werden sich ebenfalls eher positiv auf das Verhältnis der beiden ungleichen Nachbarn Syrien und Jordanien auswirken.

■ Libanon: Syrien als Ordnungsmacht

Der Libanon, kleinster arabischer Staat im Nahen Osten und direkter Nachbar sowohl Syriens als auch Israels, hat zwar durch die Nahostkriege von 1967 und 1973 keine Gebietsverluste hinnehmen müssen, ist aber dafür kein souveräner Staat mehr. Im Süden besetzt Israel eine Sicherheitszone und auf einer

„roten Linie“ nördlich des Flusses Zahrani sind seit dem libanesischen Bürgerkrieg syrische Truppen stationiert.¹⁹⁾

Im Juni 1976 traf Hafiz al-Assad eine schwerwiegende Entscheidung, als er reguläre syrische Truppen in das vom Bürgerkrieg (1975-1990) erschütterte Nachbarland Libanon entsandte. Um das delikate Gleichgewicht im Libanon zu wahren und keine der verschiedenen Religionsgemeinschaften zu dominierend werden zu lassen, unterstützte Damaskus einmal die Christen, dann wieder die schiitischen Amal- und Hizbullah-Milizen oder verbündete sich mit palästinensischen Einheiten. Bis heute stehen mindestens 35 000 syrische Soldaten im Libanon. Noch komplizierter wurde die Situation, als 1982 Israel in den Libanon einmarschierte.

Syriens Rolle im Libanon ist ambivalent: auf der einen Seite wäre der Friedensvertrag von Taif, der den Bürgerkrieg 1990 beendete, ohne die syrische Armee kaum durchzusetzen gewesen; auf der anderen Seite schränkt das besondere syrisch-libanesische Verhältnis die Souveränität des Libanon erheblich ein. Bei wichtigen Personalentscheidungen sowie in vielen innen- und außenpolitischen Fragen muss Beirut erst die Zustimmung aus Damaskus einholen.

Die Ankündigung des israelischen Premierministers Barak, die israelischen Truppen bis zum Sommer 2000 aus dem Libanon zurückzuziehen, könnte mittelfristig zu einer größeren Souveränität der Zedernrepublik führen. Trotzdem wird das Land weiterhin von seinen beiden mächtigen Nachbarn abhängig bleiben. Die von Iran und Syrien finanzierten schiitischen Hizbullah-Einheiten, die Israel den Grund geben, vorerst nicht den Südlibanon zu räumen, müssen in Friedensverhandlungen einbezogen werden, da es sonst nicht zu einem wirklichen Frieden kommen wird. Innenpolitisch hat Präsident Assad seinem Sohn Baschar das „Libanon-Dossier“ anvertraut. Er soll sich damit sowohl innen- als auch außenpolitisch profilieren.

19) S. dazu im folgenden Volker Perthes, „Die Herausforderungen des Friedens: Syrien, Libanon und die Perspektiven einer neuen regionalen Arbeitsteilung“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18/1996, S. 25-30; Andreas Rieck, „Syrien, der Libanon und Jordanien im Nahost-Friedensprozess“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 21-22/1994, S. 21-27; Arnold Hottinger, *7mal Naher Osten*, München 1988.

■ Israel: Zankapfel Golan als letztes Hindernis zum Frieden?

Im Juni-Krieg von 1967 eroberten israelische Truppen innerhalb weniger Tage den strategisch wichtigen Golan. Das 1974 geschlossene Truppenentflechtungsabkommen zwischen Syrien und Israel beinhaltete u.a. die Stationierung von UN-Truppen (UNDOF, United Nations Disengagement Observer Forces). Zur Zeit überwachen Soldaten aus Österreich, Polen, der Slowakei und Kanada eine fast unüberwindliche entmilitarisierte Grenze aus Minen und Stacheldraht. Nur die auf beiden Seiten der Grenze siedelnden Drusen erhalten hinwieder die Gelegenheit zu Familienbesuchen.²⁰⁾ Israel erlaubt 400 Studenten drusischer Abstammung ein Studium im nahe gelegenen und doch so fernen Damaskus. Vor dem Juni-Krieg 1967 lebten rund 153 000 Syrer auf dem Golan, davon ein Drittel in Quneitra. Im israelisch besetzten Teil gibt es neben den 17 000 israelischen Siedlern noch 23 000 Drusen.

Hauptstreitpunkt der Verhandlungen zwischen Israel und Syrien ist der Golan, meist auch Golanhöhen genannt. Und selbst bei dieser topographischen Bezeichnung fangen schon die Meinungsunterschiede zwischen beiden Ländern an. Der Golan ist ein 67 Kilometer langer, fruchtbare Landstrich mit einer Fläche von 1860 Quadratkilometern (qkm), das entspricht einem Prozent der Gesamtfläche Syriens (185 180 qkm). Auf dieser kurzen Distanz ist der Golan gekennzeichnet durch große Höhenunterschiede von insgesamt mehr als 3000 Metern. Im Norden wird der Golan vom Mount Hermon (arab. *Djebel al-Scheich*), mit 2814 Metern die höchste Erhebung, begrenzt. Im Süden fällt der Golan mit minus 212 Metern deutlich unter Meereshöhe. Mit 700 bis 750 mm/Jahr erhält der Golan überdurchschnittlich viel Niederschläge. Entsprechend den Niederschlägen und den unterschiedlichen Höhenregionen ergeben sich kleinräumig höchst unterschiedliche Klimazonen, in denen von Bananen im Süden bis zu Äpfeln im Norden praktisch alles angebaut werden kann.

Mohammed Ali, der zuständige PR-Chef für den Golan im Gouvernorat Qunaitra, erklärte denn auch

20) S. „Golan Heights remain the key to making peace with Syria“, in: *Middle East Times*, 18.-24. 11. 1999; „Brautwerbung an der ‚Feigenbaumquelle‘“, in: *Frankfurter Rundschau*, 27. 11. 1999; „Familientreffen im Tal der Schreie“, in: *Tages-Anzeiger*, 4. 12. 1999; „Minenfeld im Tal des Mordgau“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13. 1. 2000.

im November 1999 vor ausländischen Journalisten die von Israel vorgebrachten Argumente, die „Golan-Höhen“ hätten für die Israelis ausschließlich eine sicherheitspolitische Bedeutung, für reine Propaganda. Seiner Meinung nach seien die Fruchtbarkeit der Böden und der Niederschlagsreichtum die wahren Gründe, warum sich Israel so schwer von diesem Landstrich trennen könne. 17 000 israelische Siedler, fast ausschließlich in der Landwirtschaft tätig, seien doch Beweis genug, wie wirtschaftlich wichtig der Golan sei. Völkerrechtlich ist für den syrischen PR-Chef die Sachlage eindeutig: „Der gesamte Golan muss zu Syrien zurückkehren“, und er beruft sich dabei auf die UN-Resolutionen 242 und 338.

Noch im November 1999 schien eine neue Eiszeit zwischen Syrien und Israel zu herrschen. Informationsminister Mohammed Salman warf bei einer Pressekonferenz Israel vor, sich nicht zu bewegen. Er beschuldigte den israelischen Premierminister Barak, den Friedensprozess für seine eigene Selbstdarstellung zu missbrauchen. Den USA hielt er vor, nicht genügend Druck auf Israel auszuüben. Minister Salman spielte dabei auf ein sogenanntes „Non-Paper“ an, in dem angeblich der damalige israelische Premierminister Rabin Syrien den Rückzug Israels hinter die Grenzen vom 4. Juni 1967 zugesichert hätte.²¹⁾ Israel hatte dies stets bestritten.

Urplötzlich kam aber doch Bewegung in die seit 1995 unterbrochenen bilateralen Verhandlungen.²²⁾ Anfang Dezember 1999 hatte die fieberhaft betriebene Reisediplomatie der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright Erfolg: am 15. Dezember 1999 trafen im Beisein des amerikanischen Präsidenten Clinton Israels Premierminister Ehud Barak und der syrische Außenminister Faruk al-Scharaa nahe Washington erstmals zusammen. Nach drei Tagen wurden die Gespräche unterbrochen und nach dem Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan Anfang Januar 2000 wieder aufgenommen. Im wesentlichen geht es bei den Verhandlungen um vier Punkte: erstens: territoriale Fragen (Rückgabe des Golan an Syrien und die Grenzziehung); zweitens: Wasserrechte (Jordan und seine Quellflüsse, See Genezareth); drittens: Sicherheitsgarantien und viertens: Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen (u.a. Aufnahme diplomatischer Beziehungen).

21) S. dazu: „Wa‘adat Israel bi-l-insihab il-kamil min al-gulan wa-lakinaha kanat li-tamirr ittifaq Oslo“ (Israel versprach den vollständigen Abzug aus dem Golan, doch es war ein Manöver, um das Oslo-Abkommen zu erreichen), in: *Al-Hayat*, 21.11.1999.

22) S. u.a. „Die Syrer geben sich optimistisch wie nie“, in: *Stuttgarter Zeitung*, 10.12.1999; „Zwei Erzfeinde wollen Frieden“, in: *Tages-Anzeiger*, 10.12.1999; „Hürdenreiche israelisch-syrische Annäherung“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10.12.1999; „Israelisch-syrischer Friedensdialog in Washington“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 15.12.1999; „Todfeinde auf dem Friedenspfad“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 15.12.1999; „Israels Sicherheit im Tausch gegen Syriens Land?“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 16.12.1999; „Der Golan ist der Preis des Friedens“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16.12.1999 und „Special: Europäisch-israelischer Dialog“ von *Die Welt* unter <http://www.diewelt.de>.

■ Ausblick

Präsident Assads Herrschaft neigt sich dem Ende zu. Zwar sitzt er so fest im Sattel wie seit Jahren nicht, aber sein angeschlagener Gesundheitszustand lässt ihm nicht mehr viel Zeit. Jetzt will er wenigstens seinem 36-jährigen Sohn Baschar die Herrschaft sichern. Vorbereitungen dazu kann er schon treffen, da laut syrischer Verfassung ein Präsident das 40. Lebensjahr vollendet haben muss. Ob die Zeit aber ausreicht, seinen Sohn Baschar innenpolitisch soweit aufzubauen, dass er nach seinem Tod das höchste Staatsamt übernehmen kann und von den mächtigen Vertretern des Militärs, der Geheimdienste und der Baath-Partei akzeptiert werden wird, steht auf einem anderen Blatt.

Von seinen politischen Kalkülen und Dogmen ist weniger übrig geblieben, als sich Assad gewünscht hatte. Der Traum von einem großsyrischen Reich, das den Libanon, Jordanien und Palästina einschließt, ist ebensowenig in Erfüllung gegangen wie das pan-arabische Dogma, keine Einzelabkommen mit Israel zu schließen, die der gemeinsamen arabischen Sache schadeten. Von einem Großsyrien blieb eine Regionalmacht mit erheblichem Einfluss auf den Libanon, der noch auf absehbare Zeit erhalten bleiben dürfte. Neben dem von Damaskus abhängigen Libanon ist Syrien nach Ägypten, den Palästinensern und Jordanien der letzte direkte arabische Nachbar, der zu der Einsicht gelangt ist, dass mit einer weiter verfolgten Verweigerungshaltung weder der Golan zurückzugehen noch Frieden herrschen wird.

Der ehemalige amerikanische Präsidentenberater Henry Kissinger sagte einmal über die wichtigsten arabischen Protagonisten in nahöstlichen Kräftespiel: „Ohne Ägypten ist kein Krieg, ohne Syrien kein Friede möglich im Nahen Osten“.

Unter den vielen Parabeln und Geschichten, die seit Jahrhunderten in der islamischen Welt als Anleitungen zum (politischen) Denken und Handeln verstanden werden sollen, gibt es auch dieses Gleichnis: Ein Prinz wurde einmal gefragt, was er seinem ärgsten Feind wünsche. Jeder der Umstehenden erwartete als Antwort: natürlich den Tod. Doch der Prinz besann sich einen Moment und antwortete dann zur Überraschung aller: „Er sollte so klug sein, dass ich

mit ihm reden kann“. Nicht nur, weil Hafiz al-Assad weiß, daß er nicht mehr viel Zeit hat, als einer der Großen in die wechselvolle Geschichte des Nahen Ostens einzugehen, sondern weil er vielleicht den israelischen Premierminister Ehud Barak als ihm ebenbürtig einschätzt, lässt er sich nun wieder auf direkte syrisch-israelische Verhandlungen ein.